

Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 6

Dezember 1956

5 Pfennig

Salzgitter im Spiegel der Wahlen

Eine richtige Bewertung der Wahlen zum Rat der Stadt am 28. Oktober, sowie aller Wahlen zu Volksvertretungen, ist nur möglich unter Berücksichtigung bestimmter Faktoren, wie sie in diesem Ausmaße in keiner westdeutschen Stadt vorhanden sind. Dazu gehören: die Gründung der Stadt selbst, der Aufbau der Reichswerke in ihrem Gebiet, ihre Bevölkerungsstruktur und die Tatsache, daß sie unversehrt aus dem Kriege hervorging. Darin liegt die Erklärung für die sich nur zögernd durchsetzende Tendenz in Richtung einer sich nach links orientierenden Arbeiterschaft, wie sie in den absoluten SPD-Stadtratsmehrheiten in Braunschweig und Hannover zum Ausdruck kommt, obwohl in Salzgitter der relative Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtbevölkerung höher als in diesen beiden niedersächsischen Städten ist.

Die Geschichte der Stadt Salzgitter ist ein Buch mit nur wenigen Blättern, die aber nichtsdestoweniger recht stürmische Ereignisse verzeichnen. Was sich an Rhein und Ruhr im Verlauf eines Jahrhunderts vollzog, die Entstehung von mächtigen Metropolen aus Dörfern und Flecken, ist in Salzgitter auf den Zeitraum eines Jahrzehnts zusammengedrängt.

Das heutige Stadtgebiet mit seinen 29 Ortschaften hatte im Jahre 1937 rund 20 000 Einwohner und zehn Jahre später um die 100 000. Innerhalb dieser Bevölkerung gab es bis zum Jahre 1950 eine außerordentlich starke Fluktuation. Von den annähernd 60 000 Ausländern, die während des Krieges hierher geschleppt wurden oder von selbst kamen, sind nach 1945 nur wenige als Arbeiter für dauernd hiergeblieben. Viele durch die Demontage arbeitslos gewordene Reichswerkearbeiter zogen in den Ruhrpott. „Nix wie hämm“, sagten die Saarländer 1945 und machten sich auf die Socken. Da die Stadt aber unversehrt blieb, ergoß sich wie eine nicht einzudämmende Flut der Strom der Flüchtlinge aus dem Osten über die Gegend, füllte die von den Ausländern geräumten verkommenen Barackenlager, die Wohnhäuser vom Keller bis unter das Dach und schuf ein namenloses Elend. So kommt es, daß keine deutsche Stadt eine derart kunterbunt zusammengewürfelte Bevölkerung aufzuweisen hat wie Salzgitter.

Da sind zuerst die Einheimischen, in ihrer behäbigen niedersächsischen Art. In ihrem Kern bilden sie das konservative Element, aus dem sich die DP rekrutiert. Der Bedeutungslosigkeit des Mittelstandes im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung entspricht die Bedeutungslosigkeit der FDP.

Geschulte Industriearbeiter, die zur Inangangsetzung der Reichswerke benötigt wurden, schaffte die Dienstverpflichtung und die innere Emigration des Dritten Reiches herbei. Sie wurden herbeigeholt oder kamen aus allen deutschen Gauen. Sie stellten zum überwiegenden Teil die Funktionäre der KPD und SPD und der Gewerk-

schaften nach 1945. Die vom Schicksal geschlagenen Flüchtlinge klammerten sich zum Teil an Gott und die CDU, zum Teil an den BHE, und die klassenbewußten Arbeiter aus dem oberschlesischen Industriegebiet füllten die SPD, KPD und die Gewerkschaften auf. Aber alle linkseingestellten Arbeiter zusammen waren nur ein geringer Bruchteil der Stadtbewohner, aber immerhin die Essenz, die den politischen Klärungsprozeß vorantrieb.

Die Hütte, deren Belegschaftszahl zu Ende der Demontage bis auf 3000 herabgesunken war und jetzt wieder die Zahl von 9000 erreicht hat, ist neben den anderen Betrieben im Stadtgebiet, in erster Linie die Retorte, in der sich der Klärungsprozeß vollzieht. Unsere SPD-Stadtväter, abhold jeder tieferschürfenden Betrachtung, ahnen nicht einmal, in welchem Ausmaße die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der Hütte Anteil an der Eroberung ihres Mandats haben. Noch viel weniger ahnen sie, welche Arbeit, welcher Aerger, Verdruß und zugleich Geduld darin steckt, aus einem zusammengewürfelten Volk, ohne traditionelle Bindungen an die Industrie, an Parteien und Gewerkschaften eine am gleichen Strick ziehende, ihre Klassenlage erkennende Masse zu formen, die sie politischen Gedankengängen zugänglich macht und zwischen der Politik der einzelnen Parteien unterscheiden lernt. Diese Funktionäre bereiten und bereiten den Boden, auf dem die Früchte der SPD reifen und reifen.

Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ist die Tatsache, daß es den Funktionären gelang, bis zu diesem Zeitpunkt 98 % der Belegschaft gewerkschaftlich zu organisieren, einer Belegschaft, die viel weniger gewerkschaftlichen Gedankengängen zugänglich war, als das anderwärts der Fall ist. Um dahin zu kommen, waren hunderte Versammlungen, Sitzungen, Besprechungen und die ausdauerndste individuelle Aufklärung notwendig.

Parteilpolitische Neutralität hin, parteipolitische Neutralität her — jeder echte Gewerkschaftsgedanke hat einen sozialistischen Inhalt, ein Faktum, das den Befürwortern der bedingungslosen Gewerkschaftseinheit sehr viel Kopferbrechen bereitet. Um den Auftrieb sozialistischen Gedankengutes innerhalb der Gewerkschaften entgegen zu wirken, werden allen möglichen bürgerlichen Wissenschaftlern und Pseudowissenschaftlern, christlichen Moralpredigern und Pfaffen die Wege zu den Gewerkschaftsschulen als Dozenten geebnet. Wie ein Naturgesetz aber biegt sich unten wieder zurecht, was oben gekrümmt wird.

Wie die Stadt und ihre Entwicklung sich widerspiegelt in den Wahlen, sind die Wahlen ein getreues Spiegelbild des politischen Gärungs- und Klärungsprozesses innerhalb der Arbeiterschaft Salzgitters. Die Tätigkeit der Gruppe Arbeiterpolitik muß bewirken, daß die Entwicklung soweit sie nach links ausschlägt, über die Stufe

des SPD-Sozialismus hinaus zum Marxismus vorstößt. Das bisher Erreichte bietet die beste Gewähr hierfür.

*

Der neue Rat der Stadt setzt sich zusammen wie folgt:
1956: SPD 16, CDU 11, BHE 6, DP 3 und FDP 1 Sitze,
1952: SPD 14, CDU 8, BHE 11, DP 4 und FDP 0 Sitze.

Im Jahre 1952 bildeten die CDU, DP und FDP eine Wahlgemeinschaft, wobei bei der Verteilung der Sitze die FDP leer ausging. Dafür konnte sie diesmal in Wahlgemeinschaft mit der DP allein einen Sitz ergattern. Während sich die DP als stabil erwies, die FDP nur mit Hilfe der DP einen Sitz erringen konnte, wurde der BHE nahezu halbiert.

Betriebsappell bei Odermark-Goslar

„Bei uns verdient jeder mindestens eben soviel, vielfach sogar mehr, als wenn er in der Gewerkschaft Mitglied ist.“ So können wir es in einem Rundschreiben lesen, das die Firma Odermark in Goslar an ihre Arbeiter und Angestellten heraus gegeben hat. Der Anlaß für dieses Rundschreiben mit seinen „arbeiterfreundlichen“ Aeußerungen war die Herausgabe von zwei Flugblättern durch die IG Textil und Bekleidung, in denen die Belegschaftsmitglieder der Firma Odermark zum Eintritt in die Gewerkschaft aufgefordert wurden. Darüber war die Geschäftsleitung der Firma Odermark sehr erobert und sie brachte als Abwehrmaßnahme das vorher genannte Rundschreiben heraus. Dieses Rundschreiben ist ganz im Stile der verbliebenen Arbeitsfront, à la „Herr Betriebsführer“ gehalten und von dem Herrn Betriebsdirektor Peters unterschrieben. Wir bringen unseren Lesern den Inhalt des Schreibens vollinhaltlich zur Kenntnis, damit sie sich selbst ein Bild machen können.

Ist der Lohn gesichert?

Wieder einmal wird versucht, die Ordnungsmäßigkeit unserer Löhne auch für die Zukunft anzuzweifeln. Das ist unbegründet. Wir können nur die bereits gegebenen Erklärungen wiederholen:

Bei uns verdient jeder mindestens soviel, vielfach jedoch mehr, als wenn er in der Gewerkschaft wäre.

Nur Babies und Unwissende können glauben, mit niedrigen Löhnen zufriedene Mitarbeiter zu halten. Ueber dieses Stadium sind wir längst hinaus.

Wir garantieren jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter, gleichgültig ob er Mitglied der Gewerkschaft oder nicht, auch für die Zukunft die gleiche Lohnbasis.

Unsere nicht unerheblichen freiwilligen Zahlungen an Sie z. B. Prämien oder sonstige Lohnzuschläge, Altersversorgung, Weihnachtsgratifikation, zusätzliche Urlaubszuwendungen, Kantinenzuschüsse usw. erfolgen nicht auf Veranlassung der Gewerkschaft, sie entspringen unserer sozialen Verbundenheit mit Ihnen.

Wir sparen dafür den Beitrag zum Arbeitgeberverband, so wie auch der allergrößte Teil unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu der Einsicht gekommen ist, den Gewerkschaftsbeitrag zu sparen.

Unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wissen aus ihrer eigenen jahrelangen Erfahrung, daß das Mißtrauen, welches versucht wird, von außen in den Betrieb hineinzubringen, völlig unberechtigt ist.

Herrenkleiderwerke Odermark G. m. b. H.

Peters

Die Geschäftsführung

Goslar, den 15. Oktober 1956.

Die vielgepriesene soziale Verbundenheit zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft enthält recht viele dunkle Punkte. So werden die ersten drei Tage Lohnausfall bei Unfall erst vergütet, wenn die Krankheitsdauer über 3 Wochen beträgt.

Zu den Grundlöhnen, die dem Lohnstarif der IG Textil und Bekleidung im allgemeinen entsprechen, zahlt die Firma eine Gruppenprämie, deren Verteilungsschema niemandem bekannt ist. Es kommt nicht selten vor, daß innerhalb der Gruppe unterschiedliche Prämien gezahlt werden. Wenden sich die Kollegen deshalb an den Betriebsratsvorsitzenden Schnoege, so erhalten sie als Antwort: „Da müßt Ihr Euren Meister fragen, das geht mich nichts an!“ Für die Fragen seiner Kollegen hat dieser Musterknabe von Betriebsrat keine Zeit.

Betriebsversammlungen kann man die unter dieser Bezeichnung geführten Veranstaltungen unmöglich nennen.

Die Bezeichnung Betriebsappell ist die einzig richtige. Wir wollen jedoch das Urteil über einen solchen Betriebsappell, unseren Lesern überlassen, indem wir den Ablauf einer solchen „Betriebsversammlung“ schildern. Zu einer bestimmten Zeit werden die Maschinen in allen Sälen stillgelegt. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen bleiben auf ihren Plätzen sitzen, eine zackige Marschmusik ertönt. Der Betriebsratsvorsitzende, der, wie es den Anschein hat, sich hinter schallsicheren Wänden und Türen aufhält, damit das Betriebsgeschehen und die Stimmung der Kollegen nicht an ihn herandrängen können, spricht von seinem Zimmer aus über eine Lautsprecheranlage, zu den rd. 3000 Arbeitern und Angestellten. Der Herr Betriebsdirektor gibt vor- oder hinterher seinen Segen dazu. Es gibt keine Möglichkeit, an die zwei unsichtbaren Götter irgendeine Frage zu stellen, von Diskussion garnicht zu reden. Dann werden die Maschinen wieder eingerückt und weiter geht die Knulscherei.

Die beiden Herrgötter sind scheinbar der Auffassung, daß es vollständig genügt, wenn sie sprechen, die Arbeitskollegen haben nichts anderes zu tun, als stramm zu stehen, zu arbeiten und den Mund zu halten. Was und wieviel gezahlt wird, darüber befinden die Herrgötter. Und doch gibt es im Betrieb Odermark viel zu fragen. Zum Beispiel, ob zur Beförderung der 3000 Belegschaftsmitglieder die vorhandenen zwei Aufzüge für alle Zeit genügen sollen? Um rechtzeitig am Arbeitsplatz zu sein, rennt frühmorgens alles von der Bahn zum Aufzug. Der Andrang ist dann nicht zu bewältigen. Nach Arbeits-schluß zeigt sich dieselbe Erscheinung, so daß ein großer Teil der Arbeitskollegen, um den Zug rechtzeitig zu erreichen, es vorzieht 100 Stufen herunterzurennen.

Wenn die Firma Odermark dem Arbeitgeberverband nicht angehört, so bestimmt nicht aus Sparsamkeitsgründen. Ihr liegt vielmehr daran, nicht an die Tarifverträge gebunden zu sein. Das kommt am deutlichsten durch die Tatsache zum Ausdruck, daß jeder Neueingestellte unterschreiben muß, daß die Firma den tariflichen Lohn freiwillig zahlt. Das bedeutet, daß die Firma Odermark, wenn die Konjunktur zurückgeht, ohne Kündigung einen geringeren Lohn zahlen kann — wenn es sich die Kollegen gefallen lassen. Deshalb gibt Herr Peters sich so sozial und sagt den Kolleginnen wieviel Paar Strümpfe sie sich kaufen können, wenn sie keine Beiträge für die Gewerkschaft zahlen. So macht es der Fuchs, er redet den Hühnern und Gänsen gut zu, damit er sie um so sicherer fressen kann. Wir aber sind anderer Meinung als Herr Peters. Wenn die Kollegen glauben, die Gewerkschaftsbeiträge wie bisher sparen zu können, dann werden sie auch zukünftig der Willkür und dem Herr-in-Hause-Standpunkt der Geschäftsleitung ausgeliefert sein.

Die „nicht unerheblichen freiwilligen“ Zuwendungen, von denen die Firma spricht, sind doch keine Geschenke, sondern von der gesamten Belegschaft durch ihre Arbeit erzeugt worden. Darin besteht doch gerade die kapitalistische Ausbeutung, daß der Arbeiter und Angestellte nur einen Teil von dem bekommt, was er während seiner 8 und mehr Stunden erzeugt, die er im Betrieb arbeitet. Den Rest nimmt der Kapitalist. Wenn nun die Geschäftsleitung der Firma Odermark, die hier das kapitalistische Interesse vertritt, den Arbeitern sagt: Wir sozial eingestellten braven Leute geben doch unseren Arbeitern und Angestellten schon alles, was wir nur irgendwie geben können, so darf man nie vergessen, daß sie den Arbeitern und Angestellten immer nur einen Teil von dem gibt, was die Arbeiter und Angestellten vorher erzeugt und geschaffen haben. Also immer hübsch mit den Füßen auf der Erde bleiben und nicht in höheren Regionen schweben, die es nicht gibt! Die Arbeiter und Angestellten wol-

len auch gar keine Geschenke, aber sie wollen, was sie zu einem anständigen Leben für sich und ihre Familie brauchen. Sie wollen auch darüber mit zu bestimmen und zu entscheiden haben, was im Betrieb geschieht. In dieser Beziehung erfüllt der Betriebsratsvorsitzende in keiner Beziehung das, was die gesamte Belegschaft mit Fug und Recht von ihm erwarten kann.

Den Arbeitskollegen der Firma Odermark müssen wir sagen, all diese euch nicht gefallenden Zustände könnt ihr nur ändern, wenn ihr euch fest in der IG Textil und Bekleidung organisiert, einen starken organisierten Machtfaktor in euerem Betriebe schafft und die Zusammensetzung des Betriebsrates bei der nächsten Betriebsratswahl so regelt, daß nicht mehr aus verschlossenen schalldichten Zimmern zu euch gesprochen wird. Erst in und mit der Industriegewerkschaft gewinnt ihr die Kraft, die Betriebsappelle in Betriebsversammlungen zu verwandeln und eure Forderungen wirksamer als bisher zu verteidigen.

Kritik an einseitiger Berichterstattung

Am 10. November fand die Kreisdelegierten-Konferenz des DGB, Kreisauausschuß Salzgitter, in Gebhardshagen statt, an der 34 Delegierte und 15 Gastdelegierte teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über den DGB-Bundeskongreß in Hamburg. Berichterstatter war der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Salzgitter.

Braunschweig:

Jugend-Revue der IG Metall

In Braunschweig fand am 4. November im Gloria-Theater eine Jugend-Revue für junge, in der IG Metall organisierte Kollegen statt. Auf dem Programm standen Fragen an die Prominenz, das Kurzspiel „Die Ohrfeige“, Jazz in allen Tonlagen, Akrobatik in höchster Vollendung, Judo- und Jiu-Jitsu-Schaukämpfe, Reifensparen beim Fahrradfahren, zwei Trios im Wettstreit.

Die Veranstaltung, die von ungefähr 700 Kolleginnen und Kollegen besucht war, eröffnete der 1. Bevollmächtigte der Ortsverwaltung der IG Metall, Braunschweig.

Auf die Fragen an die Prominenz antworteten die Herren Dr. Knost, Präsident des niedersächsischen Verwaltungsbezirks, Oberbürgermeister Bennemann, Arbeitsdirektor Jungbluth vom Hüttenwerk Salzgitter, Prof. Schmidt-Joppich, Beauftragter des evangelischen Männerwerks.

Dem Präsidenten des niedersächsischen Verwaltungsbezirks wurde die Frage gestellt, wie er „zum Problem der ‚Halbstarken‘ und dem Eingreifen der Polizei bei der Demonstration der ‚Halbstarken‘ in Braunschweig“ stehe. Er zog sich gut aus der Affäre, indem er die anwesenden jungen Kollegen nicht als ‚Halbstärke‘ bezeichnete und sagte, daß die Polizei nur gegen sogenannte „schwarze Schafe“, die überall bei Massendemonstrationen zugegen seien, vorgehen müsse. Die Polizei hätte nicht die Aufgabe, jugenderzieherisch zu wirken oder Jugendpsychologie zu treiben, sondern für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Staate zu sorgen.

Die Frage an den Oberbürgermeister Bennemann, „Wie stellen Sie sich die Lösung der Berufsschulnot und Berufsschulraumnot sowie den Mangel an Lehrkräften vor und welche Maßnahmen werden getroffen, daß diese Zustände abgestellt werden“, beantwortete dieser dahingehend, daß in nächster Zeit eine Erweiterung der Handels- und kaufmännischen Berufsschule vorgesehen ist, so daß damit in etwa die Raumnot überbrückt werde. Ein anderer schwieriger Punkt, der Lehrermangel, sei nicht so schnell abzustellen, da Berufsschullehrer sehr knapp sind; man würde jedoch alles versuchen, diesen Mangel abzustellen.

Zur dritten Frage an den Arbeitsdirektor Jungbluth, „Wie stellen Sie sich zum neuen Bundesjugendenschutzgesetz, das für Niedersachsen eine Verschlechterung und keine Verbesserung bedeutet“, wurde geantwortet, daß es paradox sei, ein Bundesjugendenschutzgesetz in nächster Zeit zu verabschieden, wo man von 45 und 48 Stunden spricht, da doch in absehbarer Zeit die 42-Stunden-Woche immer mehr in den Vordergrund rückt. Jungbluth hält

Der Bericht wurde von den Delegierten mißbilligt und heftig kritisiert. Sogar die Vertreter des Landesbezirks DGB, Hannover, mußten sich gegen den Koll. Busch wenden und in kurzen Worten einige wichtige Probleme, die auf dem Kongreß behandelt wurden, herausstreichen. Der Berichterstatter hatte einen einseitigen, nach der christlichen Seite orientierten Bericht gegeben, der von den Delegierten nicht abgenommen wurde und ihm teuer zu stehen kam.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Wahl eines Delegierten für die Landesbezirkskonferenz des DGB, gewählt wurde der Kreisvorsitzende des DGB, Koll. Müller, Salzgitter.

Bei der Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission war sehr interessant, festzustellen, welche unterschiedlicher Monatsbeitrag von den Delegierten der einzelnen Gewerkschaften gezahlt wird. Die Delegierten der IG Bergbau zahlen einen Monatsdurchschnitt von DM 7,12, dagegen die Delegierten der IG Metall DM 14,85. Die Delegierten anderer Gewerkschaften lagen noch unter dem Beitragsdurchschnitt der IG Bergbau. Wenn man bedenkt, daß 15% der Einnahmen der einzelnen Industriegewerkschaften an den DGB abgeliefert werden, dann wird es Zeit, daß auch diese Funktionäre die Situation richtig erfassen und endlich einen wahrheitsgetreuen Beitrag leisten, damit sie auch den Kollegen im Betrieb mit reinem Gewissen bei Diskussionen gegenüber treten können.

das niedersächsische Jugendschutzgesetz für das vollkommenste und weitgehendste. Die Antworten der Prominenten wurden mit Beifall von den Anwesenden aufgenommen.

Die vierte Frage, die an Herrn Prof. Schmidt-Joppich gerichtet wurde, lautete: „Herr Professor, mein Vater ist 1942 im Kriege gefallen. Ich habe nun ausgemacht und bin der Ernährer der Familie, d. h. meiner Mutter und meiner drei anderen Geschwister. Da ja nun mein Jahrgang zum Wehrdienst einberufen wird, muß ich ja wohl auch daran glauben. Ich bin nicht gewillt, Soldat zu werden und habe auch nicht die Absicht, auf meinen Bruder, der in Magdeburg lebt, zu schießen. Wie verhalte ich mich da?“

Prof. Schmidt-Joppich sprach im ersten Teil seiner Ausführungen gegen den Krieg, indem er sagte, daß Menschen keine Tiere seien und daß es kein Naturgesetz gebe, in dem es heißt, daß Menschen durch den Menschen vernichtet werden müßten. Im zweiten Teil widersprach er sich aber und redete von der Verteidigung der Freiheit. Jeder sei verpflichtet, sein Vaterland zu verteidigen, wobei es keine Kriegsdienstverweigerung geben dürfe. Er wandte sich auch gegen die Gruppe der Kriegsdienstverweigerer und brachte dabei zum Ausdruck, daß die Mitglieder keine eigene Meinung haben und von oben aus gelenkt würden. Hierbei stieß er bei einem Teil der Anwesenden auf Widerstand. Erstaunlich ist, daß der Professor bei solchen Ausführungen doch noch von einem Teil Beifall erhalten hat. Wenn die Meinungen geteilt waren, so spielte eine Rolle, daß wohl christliche Jugendliche an dieser Veranstaltung teilgenommen hatten, um ihm die nötige Unterstützung zu geben.

Zu der Fragestellung muß gesagt werden, daß die Fragen nicht so aufgebaut waren, wie es hätte der Fall sein müssen; vor allen Dingen mußten Zwischenfragen gestellt werden, um zu verhindern, daß die Beantworter geschickt ausweichen. Die Ausführungen des Arbeitsdirektors wurden von den Kolleginnen und Kollegen, die aus Salzgitter gekommen waren, mit etwas Erstaunen aufgenommen, da ja der Arbeitsdirektor derjenige war, der im Hüttenwerk Salzgitter das niedersächsische Jugendschutzgesetz umgehen wollte, indem er für die Jugendlichen zwei Schichten vorgesehen hatte, was nach dem Gesetz zwar möglich ist, jedoch der Genehmigung der Gewerbeaufsicht und der Gewerkschaft bedarf, die ihre Zustimmung verweigerten, weil es nicht unbedingt nötig ist. Daraufhin wurde im Hüttenwerk sofort die Einstellung von Jugendlichen auf Anordnung des Arbeitsdirektors untersagt!

Für die Umrahmung der Veranstaltung sorgte eine Jazzkapelle, die sehr großen Anklang bei den Jugend-

lichen gefunden hat. Man kann gerade in der „Zeit der Halbstarke“ feststellen, daß es auch möglich ist, Massen von Jugendlichen zusammenzuholen, ohne daß es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt, wenn man es versteht, sie geschickt und entsprechend ihren Interessen anzusprechen.

Aus der FAMAS

In den letzten 3 Monaten waren die Gemüter in der FAMAS sehr bewegt. Die Ursachen waren:

Die Einführung der 45-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich auf der Grundlage des Bremer Abkommens.

Der Zusammenschluß mit dem Hüttenkonzern.

Die Weihnachtsgratifikation.

Die zur Zeit günstige Auftragslage der FAMAS machte es der Betriebsvertretung möglich, die vorgenannten Punkte zu einem für die gesamte Belegschaft günstigen Abschluß zu bringen. Deshalb konnte in der am 13. November abgehaltenen Betriebsversammlung der Kollege Bock, Betriebsratsvorsitzender der FAMAS, fast nur Positives berichten. Trotz des Fortfalls des Waschtages für die Hausfrauen sowie der Vergünstigung des 5-Minuten-früher-Stempels und ähnlichem, war in der Belegschaft eine allgemeine Befriedigung zu verzeichnen.

Diese allgemeine Zufriedenheit in der Belegschaft wurde besonders dadurch verursacht, daß die Kollegen sehr schnell begriffen haben, daß wenn sie zwei Tage in der Woche frei haben, sie sich viel intensiver mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigen können, als es vorher der Fall war. Eine weitere Ursache für die zufriedene Stimmung ist die zur Zeit vorhandene Auffassung, daß die Kollegen durch den Zusammenschluß mit dem Hüttenkonzern noch mit einer weiteren Anzahl von sozialen und anderen Vergünstigungen rechnen können.

Ein Tropfen Wermuth wurde in diese optimistische Stimmung gegossen, weil die Urlaubsfrage noch nicht so geregelt ist, wie es die Kollegen unter den vorliegenden Umständen wünschen. Die Ursache für die nicht befriedigende Regelung des Urlaubs sind Unklarheiten im Manteltarif, die bei den kommenden Verhandlungen mit bereinigt werden müssen. Bekanntlich ist ja der Manteltarif zum 31. Dezember 1956 gekündigt worden. Diese notwendige Kündigung des Manteltarifs schiebt zwangsläufig die Regelung der Urlaubsfrage um einige Monate hinaus. Wir hoffen indessen, daß diese Frage bei den kommenden Verhandlungen zur Zufriedenheit der Kollegen geregelt wird.

Zum Schluß seiner Ausführungen wies Kollege Bock mit Recht auf den nicht befriedigenden gewerkschaftlichen Organisationsstand in der FAMAS hin und forderte die Kollegen auf, sich in der IG Metall zu organisieren, damit die gesamte Belegschaft und der Betriebsrat einen festen organisatorischen Rückhalt im Betrieb gegenüber der Betriebs- und Konzernleitung haben. Denn nur wenn dieser feste Rückhalt bei den Kollegen im Betrieb vorhanden ist, kann der Betriebsrat gegenüber der Betriebs- und Konzernleitung die Interessen der Kollegen so wirksam und erfolgreich vertreten, wie es die Kollegen wünschen. Ein Betriebsrat ohne feste gewerkschaftliche Organisation im Betrieb ist wie ein Messer ohne Klinge. Beides muß vorhanden sein. Beim Messer der Griff und die Klinge! Im Betrieb ein Betriebsrat, der zu führen versteht und der eine gewerkschaftliche Organisation hinter sich hat, auf die er sich in jeder Situation verlassen kann. Wer das von den Kollegen noch nicht begriffen hat, der ist politisch und gewerkschaftlich noch weit zurück und damit auch nicht in der Lage, seine eigenen Interessen richtig zu sehen, und schon garnicht in der Lage, richtig zu vertreten.

Nachdem der Betriebsrat seinen Bericht beendet hatte, gab Herr Dr. Putze einen Bericht über die Auftragslage des Unternehmens. Einleitend sprach er allen Mitarbeitern seinen Dank dafür aus, daß es durch die verantwortungsbewußte Arbeit und Einstellung aller Mitarbeiter in diesem Jahr möglich gewesen sei, einen Reingewinn von 2,9 Millionen DM zu erzielen. Die augenblicklichen Aufträge hätten die 100-Millionen-Grenze

überschritten, wodurch für das kommende Jahr der gesicherte Ablauf der Unternehmertätigkeit gegeben sei.

Die Weihnachtsgratifikation ist durch den Aufsichtsrat in dem Sinne geregelt worden, daß in diesem Jahr 57% des Oktoberverdienstes als Weihnachtsgratifikation gezahlt werden soll. Gegenüber dem vergangenen Weihnachtsgeld ist das ein Mehr von 17 Stunden. Mit den 100 Stunden des vergangenen Jahres macht das zusammen 117 Stunden. Jeder ist jetzt in der Lage, auszurechnen, wieviel Weihnachtsgeld er in diesem Jahr bekommen muß.

Anschließend nahm der Kollege Grevenstein von der IG Metall, Hannover, Stellung zu den Fragen, die zur Zeit vor der IG Metall stehen und gelöst werden müssen. Aus der Kündigung des Manteltarifes zum 31. Dezember 1956 ergeben sich die Forderungen:

Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten im Krankheitsfall.

Angleichung des Urlaubs und zusätzliches Urlaubsgeld.

Für die Frauen gleicher Lohn für gleiche Leistung.

Noch einmal wies der Kollege Grevenstein darauf hin, daß die Voraussetzung zur Durchsetzung der vorgenannten Forderungen das Vorhandensein einer festen gewerkschaftlichen Organisation ist und daß diejenigen Arbeitskollegen, die es bis zum heutigen Tage noch nicht notwendig gefunden haben, sich in der IG Metall zu organisieren, daran denken sollten, daß es vom Standpunkt eines einfachen und anständigen Menschen unfair ist, da ernten zu wollen, wo man nicht selbst gesät hat. Anders ausgedrückt: Es ist unanständig, die anderen zahlen und kämpfen zu lassen, selbst hinter dem Busch zu stehen und wenn der Kampf in der einzelnen Frage erfolgreich durchgekämpft ist, sich die Taschen füllen zu lassen.

Persönlichkeitswahl in Drütte

Die Errungenschaft der Persönlichkeitswahl wird oft gepriesen. Das heißt, daß der Wähler die Möglichkeit hat, außer einer Partei einem einzelnen Kandidaten seine Stimme zu geben. Die Ortsratswahl in Drütte hat den Beweis erbracht, daß auch die Persönlichkeitswahl ins Auge gehen kann. Die Stadt Salzgitter besteht aus 29 Orten bzw. Ortsteilen. Für das gesamte Stadtgebiet wird der Stadtrat und für jeden einzelnen Ort ein Ortsrat gewählt. Der Sinn der Ortsratswahl kann also nur der sein, daß die Einwohner eines betreffenden Ortes ihren eigenen Ortsrat wählen können. Für den Ortsteil Drütte hat man jedoch auch die Insassen des Krankenhauses mit zum Ortsrat wählen lassen, obwohl sie in anderen Ortsteilen wohnen.

Durch diese Wahlweise entstand folgendes Kuriosum: Auf der SPD-Liste erhielten Stimmen im Ort:

Kießling	93
Müller	80
Frau Gaus	72

Durch das Hinzukommen der Stimmen der Kranken entstand folgendes Bild:

Müller	121
Frau Gaus	115
Kießling	112

Damit waren Müller und Gaus gewählt, allerdings mit Hilfe von Ortsfremden. Es muß noch vermerkt werden, daß Kießling auf der SPD-Liste an letzter Stelle rangierte. Die Tatsache, daß er trotzdem die höchste Stimmenzahl erreichte, beweist doch eindeutig, daß er bei den Wählern von Drütte das größte Vertrauen genießt. Diese sind nun nach der Wahl begreiflicher Weise sehr enttäuscht und unzufrieden. Sie behaupten nicht zu Unrecht: „Die Einwohner von Drütte haben auf diese Art ihren Ortsrat nicht selbst gewählt, sondern der Ortsrat wurde ihnen von Bürgern anderer Orte gewählt.“

*Die „Arbeiterpolitik“ ist Dein Blatt!
Schicke uns Berichte aus der Bewegung!*